

Auch um das Volk aufzuklären und in den Protest mit einzubeziehen. Der Protest allein reicht jedoch nicht aus. Die Hinwendung der Menschen zu volksorientierten Politik ist ein erster Schritt, um dauerhafte Veränderungen herbeizuführen. Wer nur auf Protest setzt, wird das Problem nicht beseitigen, sondern allenfalls eine anstehende Privatisierung etwas verzögern.

Privatisierung ist ein Auswuchs des Kapitalismus. Will man also Privatisierung stoppen und verhindern, muß man den Kapitalismus an sich beseitigen. Nur wenn die Politik wieder dem Wohle des Volkes dient, haben wir die realistische Möglichkeit uns aus dem Würgegriff des Kapitalismus zu befreien. Erst in einem Volksstaat wird es möglich sein in einer Volkswirtschaft die Stellung und den Wert des Geldes zu ändern. Dann wird Geld nichts weiter als ein Tauschmittel sein, ein Wertaufbewahrungsmittel.

Es wird das Geld der Volkswirtschaft als Tauschmittel dienen und diese Wirtschaft dann die Bedarfsdeckung des Volkes sichern. Ziel muß sein, die grundlegenden Versorgungseinrichtungen wieder in Volkseigentum zu überführen. Wenn es sein muß durch Enteignung!

Nein zur Privatisierung von Volkseigentum! Nein zur Profitmaximierung auf Kosten des Volkes! Nein zum menschenverachtenden Kapitalismus und seinen Auswüchsen!

Ja zur deutschen Volksgemeinschaft! Ja zur deutschen Volkswirtschaft! Ja zu zukunftsorientierter Politik, die sich dem Wohle des Volkes verschrieben hat!

Ja zum Nationalen Sozialismus!

(Autor: Michael Gielnik)



Antikapitalismus von „rechts“

Eine 20-seitige Handreichung zum Thema Kapitalismus.

jetzt bestellen: 2,45 Euro einsenden an -
Blickpunkt Lausitz, Postfach 3461 in 02965 Hoyerswerda

Werbung

Blickpunkt Lausitz

Postfach 3461 - 02965 Hoyerswerda | schoener.wohnen@gmx.net

Vi.S.d.P.: S. Richter, Postfach 3461, 02965 Hoyerswerda



„Privatisierung ist der Ausverkauf von öffentlichem Eigentum an private Investoren durch den Staat. Mit dem Erlös aus den Verkäufen werden Haushaltslöcher gestopft, die die Politiker in den Parlamenten durch ihre jahrelange Fehlpolitik geschaffen haben. Ein Staat, der seine Aufgabe das Volkseigentum zu verwalten nicht mehr wahrnimmt, sondern dieses Volkseigentum für eigenen Profit verscherbelt, hat seine Daseinsberechtigung verloren!“

Würde man detailliert über jeden Fall von Privatisierung in Deutschland und der restlichen Welt berichten und schreiben, die damit verbundenen Schweinereien und Mafiamethoden schildern, so könnte man ganze Bücherregale füllen. Denn nach Jahren der Mißwirtschaft und Fehlpolitik, hat das brD-System fast das gesamte Volkseigentum zu Spottpreisen an private Investoren oder Träger verscherbelt. Eine Unart, die nicht nur im brD-System gängige Methode ist, sondern seit langem in der ganzen Welt im Zeichen des Kapitalismus und der Globalisierung geschieht.

Bevor man überhaupt realisieren kann was Privatisierung eigentlich bedeutet und welche Auswirkungen es zur Folge hat, muß man erkennen was Volkseigentum heißt und welche Aufgaben ein Staat hat.

Volkseigentum und staatliche Aufgaben

Öffentliches Eigentum, klarer ausgedrückt Volkseigentum, ist Eigentum des ganzen Volkes. Dieses Eigentum wurde einst vom Volke erkämpft und/oder mit deren Steuern und Gebühren geschaffen und erhalten - es ist

vom Volk geschaffene Infrastruktur. Diese Infrastruktur dient dem Volk und sichert deren Lebensgrundlagen, beispielsweise durch Krankenhäuser, Wasser- und Stromwerke. Auch Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, Telefonnetze, Häfen, Flughäfen, Schienenverkehr und Straßen sind Volkseigentum und damit vom Volk geschaffene Infrastruktur, die das Leben und den Fortbestand eines Volkes sichern. Volkseigentum, egal in welchem Bereich, untersteht keinen marktwirtschaftlichen Überlegungen wie Rentabilität und Gewinnverpflichtung. Der Unterhalt, beispielsweise Reparatur, Instandhaltung und Qualitätsverbesserung, müssen durch den Staat organisiert und getragen werden. Volkseigentum dient nicht dem Profitgewinn, sondern einzig und allein der Sicherstellung der Lebensgrundlagen eines ganzen Volk!

Was ein Staat ist und welche Aufgaben er hat, das ist in unserer Weltanschauung ganz klar definiert: Der Staat ist ein Mittel zum Zweck! Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen. Der Staat hat einzig und alleine zum Wohle des Volkes zu handeln, egal in welcher Lage. Der Staat ist bildlich gesprochen ein Gefäß, dessen Inhalt das Volk ist. Er hat diesen Inhalt zu hüten und zu schützen - tut er es nicht, dann ist er wertlos und muß untergehen! Volkseigentum hat er zum Wohl

des Volkes zu verwalten, zu erhalten und zu verbessern. Immer muß einem Staat daran gelegen sein, gerade die sozialen Einrichtungen und Bildungstätten stetig qualitativ zu steigern, um die im Volke schlummernden Kräfte zu wecken.

Realität in der brD

Das brD-System hat seit seinem Bestehen im Interesse der Wirtschaft und des Kapitals gehandelt. Das ist nicht verwunderlich, kommen doch die meisten „Politiker“ aus der Wirtschaft, sind Geschäftsleute oder sitzen in den Aufsichtsräten großer Konzerne. Das zu erkennen dürfte nicht schwer fallen, muß man doch nur die Augen und Ohren offen halten. Da unser Volk aber immer noch glaubt, daß der Beruf eines Politikers dadurch bestimmt ist, die Gemeinschaft - das Volk - zu vertreten, realisieren viele nicht die Wirklichkeit und meckern statt dessen nur leise vor sich hin, weil es ihnen finanziell gerade nicht so gut geht. Die traurige Wahrheit und Realität ist, daß die herrschende Politikerkaste Deutschland zu einem Wirtschafts- und Ausplünderungsgebiet gemacht hat. Unser Volk ist dabei nichts weiter als Humankapital!

Privatisierung in der brD

Trotz Spekulantentum in Form von Aktien an der Börse, ist den Kapita-

brD“ beschrieben. Manch ein Befürworter mag entgegenen, daß der Preis doch gar nicht steigen kann und auch die Arbeitsplätze nach einer Privatisierung weiterhin sicher wären, da die Preise und Arbeitsplätze doch vertraglich festgesetzt und gesichert sind. Solch Dummköpfen kann man nur entgegenen, daß sie aufhören sollen sich wie die 3 Affen - ich sehe nichts, ich höre nichts, ich sage nichts - zu benehmen und endlich in die Realität zurückkehren müssen. Wir leben in einem liberalkapitalistischen System, in dem die Politik nur Diener des Kapitals ist! Natürlich steht in so einem Vertrag, daß die Preise nicht steigen dürfen und auch niemand entlassen werden darf. Zumindest sind das die Informationen die man über die Systemmedien nach außen ans Volk dringen läßt. Was man nicht bekannt gibt, ist die Tatsache das solche Klauseln meist nur für wenige Jahre gelten und der neue private Besitzer dann an der Preis- und Personalschraube drehen kann wie er will.

Wie die Folgen der Privatisierung des Wassers dann in der Praxis aussehen, zeigen die Beispiele aus England und Frankreich, die hier nur stellvertretend als Beispiel für die Privatisierung des Wassers in der Welt stehen. Nachdem in England und Frankreich die Wasserversorgung privatisiert wurde, konnten die geldgierigen Konzerne ihre Gewinne vervielfachen und bauten aber im gleichen Zuge

Arbeitsplätze ab. Bald darauf gab es eine Zunahme bei Erkrankungen, die auf die immer schlechter werdende Wasserqualität zurückgeführt wurde. Nicht durchgeführte Wartungsarbeiten, auf Grund von Kosteneinsparungen und mangels Arbeitskräfte, führten zu einem erhöhten Bleigehalt des Trinkwassers. In Großstädten kam es vielerorts zu Problemen bei der Versorgung mit Trinkwasser. In Hochhäusern kam in den oberen Stockwerken teilweise kein Wasser mehr aus der Leitung, weil das immer maroder werdende Rohrsystem den notwendigen Wasserdruck nicht mehr aufbringen konnte. Vielen besonders armen Familien wurde das Wasser sogar abgestellt, weil sie ihre Rechnungen durch die hohen Preise nicht bezahlen konnten. Es ging soweit, daß einige mit Eimern zu Standrohren laufen mußten, um ihr Toilette nach dem alltäglichen menschlichen Geschäft zu spülen. Protest, den die Bürger danach öffentlich anbrachten, führte lediglich dazu, daß in den Wohnungen Wasserautomaten eingebaut wurden - Resultat: die Besitzer zahlen jetzt noch mehr für ihr Wasser.

Alternative und Auswege

Proteste und Unterschriftsammlungen gegen geplante Privatisierungen, sind ein geeignetes Mittel um den Herrschenden zu zeigen, daß sie nicht tun und lassen können was sie wollen.

wertvollsten Vermögensgegenstände. Diese Methode gleicht einer Demonstration, wie sie in den Jahren nach 1945 von den Besatzern praktiziert wurde und auch heute noch vielen Menschen in leidvoller Erinnerung ist! Auch der Verkaufspreis sollte weit unter dem liegen, was das Krankenhaus wirklich wert ist. Die Uni-Klinik war nur bereit 6,1 Millionen zu zahlen, wobei 1 Million noch aus den Rücklagen des Wolgaster Kreiskrankenhauses genommen werden sollte, obwohl das Krankenhaus über 15 Millionen wert war. Es ist ein üblicher Trick, den Geschäftemacher anwenden, wenn sie Unternehmen aufkaufen, danach in deren Kassen zu greifen und den Kaufpreis mit dem Geld der erworbenen Firma zu begleichen. Natürlich wurden hinter verschlossenen Türen noch weitere Schweinereien ausgehandelt, die selbst über den Kreistag nicht an die Öffentlichkeit gedrungen sind.

Am 12.12.2005 wurde dann im Kreistag von Ostvorpommern entschieden. Die Kreistagsmitglieder der NPD wurden erst zu Sitzungsbeginn darüber informiert, über was sie in dieser Sitzung abstimmen sollten. Es wurde ein mehr als 20-seitiges Schriftstück auf den Tisch geknallt, was natürlich von niemand mehr studiert werden konnte, da man sofort mit der Debatte und der Abstimmung begann. Der Einzige der sich in der Debatte zu Wort meldete, war der

NPD-Kreistagsabgeordnete Andrejewski, der aufs schärfste gegen den Verkauf sprach. Er bezeichnete es als vollkommenen Wahnsinn, die Kontrolle über das Gesundheitswesen im Kreis aufzugeben und die Arbeitnehmer des Krankenhauses einem ungewissen Schicksal zu überlassen, nur um ein paar Millionen zu kassieren, mit denen man das Kreisdefizit noch nicht einmal zur Hälfte ausgleichen kann. Darauf reagierten die Etablierten nicht. Ohne auch nur ein Argument angeführt zu haben, beschlossen sie bei 3 Enthaltungen und gegen die beiden NPD-Stimmen die Verschleuderung wertvollsten Volksvermögens an die private Uni-Klinik Greifswald.

Das Hamsterrad der Verschuldung konnte das Politikerkartell in Ostvorpommern durch den Verkauf nicht stoppen – sie wollen es auch gar nicht, sonst hätten sie das Krankenhaus zum vollen Preis verkauft und nicht für 1/3 des Wertes. So mußte der Landkreis nun weitere 41 Millionen als Kredit für den Haushalt 2006 aufnehmen.

Wasserversorgung in England und Frankreich - Wie oben schon erwähnt und geschrieben, ist die Wasserversorgung für die Kapitalisten eine sichere und begehrte Einkommensquelle (in gewissen Kreisen nennt man Wasser gar das blaue Gold). Auch die Folgen in Bezug auf den Preis, die Qualität und die Verfügbarkeit sind weiter oben im Absatz „Privatisierung in der

listen eine Anlage in soliden Werten immer noch lieber. Und was wäre da gewinnversprechender als Einrichtungen, die die Lebensgrundlagen sichern und demnach stets benötigt werden. Daß diese Einrichtungen in öffentlicher Hand sind stört dabei wenig, denn ein Verkauf von Volkseigentum in private Hände kommt auch dem etablierten Politikerkartell entgegen. Mit den Gewinnen können sie ihre Finanzlöcher in den Haushaltskassen schließen, die sie durch jahrelange Fehlpolitik in den kleinen und großen Parlamenten selbst geschaffen haben. Haushaltslöcher, die in der Regel mit neuen Verschuldungen geschlossen werden. Daß der Verkauf des „Tafelsilbers“ nur ein vorübergehender Ausweg aus der Zins- und Schuldenfalle ist, wissen die Herrschenden natürlich. Auch was Privatisierung für das Volk bedeutet und nach sich zieht, wissen sie nur zu gut! Aber es interessiert sie nicht, denn sie sind die Marionetten des Kapitals.

Natürlich verkaufen die Herrschenden dem Volk Privatisierung als großen Fortschritt, gar als Allheillösung für alle kommunalen Probleme die in den Gemeinden und Kreisen durch Politik im Interesse der Wirtschaft entstehen. Man verweist darauf, daß privat geführte Unternehmen Aufgaben effizienter lösen können als die öffentliche Hand. Außerdem seien öffentlich geführte Unternehmen oft Verlustgeschäfte (man verdrängt da-

bei, daß Volkseigentum nicht wirtschaftlich und gewinnbringend sein muß, sondern versorgend). Zudem käme es zu Kosteneinsparungen und einer ganz neuen Service-Kultur. Durch Konkurrenz verschiedener Anbieter steige doch schließlich auch die Qualität.

Das alles sind natürlich, wie gewohnt, nur schöne aber leere Worte der Herrschenden. Denn wir wissen, daß durch den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus der Einzelne sich zügellos auf Kosten der Gemeinschaft bereichern kann. Der liberal-kapitalistische Staat greift in das Vorgehen des Einzelmenschen, der nur für sein eigenes Vorwärtskommen und Wohl auf Kosten aller handelt, nicht ein. Und so kommt es, daß keine neue Service-Kultur entsteht – sondern ganz im Gegenteil, es zu massiven Verschlechterungen in Preis, Verfügbarkeit und Qualität kommt. Der Einzelne hat nur Interesse an Gewinnmaximierung und streicht deshalb bei den Kostenfaktoren, wie Personal, Instandhaltung, Reparatur und Investitionen. Am Beispiel der Privatisierung der Trinkwasserversorgung, kann man sehr deutlich das Vorgehen und die Folgen sehen. Wasser ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage aller Menschen und deshalb für die Kapitalisten weltweit ein enorm gewinnbringendes Monopol-Gut. Es ist für sie eine Anlagemöglichkeit die fast auf ewig sichere Dividenden

abwirft, da Wasser weder vermehrbar noch zerstörbar ist. Privatisierung führte immer zu höheren Endverbraucherpreisen, geringerer Trinkwasser-Qualität (weniger Qualität bedeutet geringere Herstellungskosten), Personalabbau (geringere Personalkosten) und mangelhafte Instandhaltung (als Folge mehr Wasserverlust, dadurch wieder höhere Preise). Die Lebensqualität des Volkes sinkt trotz höherer Preise! Beängstigend ist, daß Wasser noch nie Zugangsbeschränkungen unterworfen war und auch noch nie durch kapitalistische Herrschaft rationiert wurde. Selbst Sklaven wurde das Wasser nicht verwehrt. Ein Lehns-herr auf der Burg ist besser, als dieser perverse Kapitalfaschismus!

Nach der Wiedervereinigung, wurde nicht nur das ehemalige Staatseigentum der DDR (was auch Volkeigentum war) an private Finanzhaie oder ins Ausland (größtenteils USA und Israel) verschachert, sondern auch die größten öffentlichen Einrichtungen auf Bundesebene. Nachfolgend sind die Bekanntesten genannt:

- Deutsche Bundesdruckerei
- Deutsche Bundes/Reichsbahn
- Deutsche Post
- Bundesanstalt für Flugsicherung
- Lufthansa

Auch auf Länderebene wurde mittlerweile fast das ganze Tafelsilber verschербelt. Dazu gehören Strom-

und Wasserwerke, die meisten Krankenhäuser und alles was sonst noch so in den Verwaltungsbereich von Landesregierungen, Gemeinden und Kommunen gehört. Schaut man sich genauer in seiner Region um, so werden viele Beispiele auffallen. Ob es nun die Schwimmhalle oder das öffentliche Parkhaus ist. Die Aussage „Deutschland wurde von den Herrschenden zu einem Wirtschafts- und Ausplünderungsgebiet gemacht!“ ist traurige Realität geworden und zeichnet sich heute deutlicher denn je ab.

Beispiele für Privatisierung

An hand der Privatisierung des Wolgaster Kreiskrankenhaus (Ostvorpommern) und des Beispiels der Wasserversorgungsprivatisierung in England und Frankreich, kann man deutlich den mafiösen Ablauf und die Folgen der Privatisierung von Volkseigentum erkennen.

Kreiskrankenhaus Wolgast - Das etablierte Politikerkartell im Kreistag von Ostvorpommern, hatte zu Beginn des Jahres 2005 den Entschluß gefaßt,

das Kreiskrankenhaus zu verschern, um so das enorme Haushaltsdefizit auszugleichen. Das das Krankenhaus in den letzten Jahren immer schwarze Zahlen schrieb, war dabei egal. Auch die negativen Folgen für die Patienten und Angestellten spielten dabei keine Rolle.

Die Gesundheit des Volkes spielt nach einer Privatisierung immer eine untergeordnete Rolle. Was für die Betreiber zählt ist der Gewinn - soziale Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft kennen sie nicht! Und damit der Profit möglichst hoch ist, werden Kosten natürlich zuerst beim Krankenhaus-

personal eingespart. Weniger Personal hat zur Folge, daß die Versorgung der Patienten enorm darunter leidet, denn die übrige Belegschaft kann sich nicht mehr intensiv um die Bedürfnisse der einzelnen Patienten kümmern, da sie noch effektiver arbeiten muß um die fehlenden Kräfte zu ersetzen. Für die privaten Investoren steht nicht die Gesundheitsversorgung sondern Profitstreben im Vordergrund. Doch Gesundheit ist keine Ware mit der man Schacher und

Wucher betreiben kann, deswegen gehört die Gesundheitsversorgung eines Volkes auch nicht in die Hände von ausschließlich profitorientierten Privatleuten!

Natürlich hielten sich der Bürgermeister von Wolgast, Jürgen Kanehl, und seine etablierten Gesinnungsgenossen im Kreistag bedeckt, als über die regionalen Medien bekannt wurde, daß das Krankenhaus verkauft werden soll. Schnell hatte man die geplante Veräußerung zum Teil des Haushaltssicherungskonzepts gemacht, um so ein Bürgerbegehren in Form von Unterschriftensammlungen zu verhindern. Anträge der NPD, daß ein Verkauf nur erfolgen dürfe, wenn die Belegschaft des Hospitals dem in freier und geheimer Wahl zugestimmt habe, wurden vom Parteienkartell natürlich abgelehnt. Man setzte eine sogenannte „Lenkungsgruppe“ ein, welche fortan die Verkaufsverhandlungen im Geheimen führte. Selbst die Kreistagsmitglieder der NPD erfuhren nur gelegentlich vom aktuellen Stand der Gespräche, wobei für sie die strenge Ermahnung galt: Keinesfalls auch nur ein Wort an die Öffentlichkeit!

In der Kreistagssitzung vom 07.11.2005 wurde dann im nichtöffentlichen Teil bekannt gegeben, unter welchen Bedingungen das Krankenhaus an die Uni-Klinik Greifswald verkauft werden sollte. So wollte die Uni-Klinik das Krankenhaus nicht in seiner Gesamtheit, sondern nur die

